

## **Antikriegstag 2022, Witten**

### **Rede von Joachim Schramm, Wittener Friedensforum**

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

"Er ist nicht tot der Krieg, er schläft nur" sang Rio Reiser Ende der 90er Jahre. Der Krieg war nie tot, doch meistens war er weit weg von uns, auf anderen Kontinenten. Nun ist er zurück in Europa, zum zweiten Mal nach Ende des Kalten Krieges. Aber der Krieg ist ja kein Lebewesen oder Naturphänomen sondern von Menschen gemacht. In diesem Fall hat Russland die Ukraine angegriffen und in Folge sind bisher mehrer zehntausend Menschen gestorben, russische und ukrainische Soldaten, ukrainische Zivilisten. Dieser Krieg hat seine Vorgeschichte, die viele nicht hören wollen, doch die Verantwortung für den Krieg hat die russische Regierung und wir fordern sie hier und heute auf: Beenden Sie diesen Krieg!

Seid dem 24. Februar hat sich in unserem Land ein breiter Stimmungswandel vollzogen. War die Ampelkoalition noch mit der Aussage gestartet, keine Rüstungsexporte in Kriegsgebiete zuzulassen, diskutieren wir inzwischen nur noch über die Art der Waffen, die in die Ukraine geliefert werden sollen. Und wenn in diesen Tagen eine Kreis von bekannten Sozialdemokraten (unter ihnen unser letztjähriger Antikriegstags-Redner Dietmar Köster) fordern, die rote Linie der Lieferung von Kampfpanzern und -flugzeugen angesichts der Gefahr eines III. Weltkriegs nicht zu überschreiten, müssen sie sich den Vorwurf anhören, sie würden die Zerstörung der ukrainischen Gesellschaft in Kauf nehmen. Ist es nicht vielmehr so, dass die ungebremste Fortführung des Krieges die ukrainische Gesellschaft zerstört? Der ukrainische Präsident spricht davon, dass jeden Tag bis zu hundert ukrainische Soldaten sterben, jeden Tag! Und die Gefechte rund um das Atomkraftwerk Saporischschja machen die Gefahr deutlich, die für uns alle von diesem Krieg ausgeht.

Und doch ist im Westen die Parole ausgegeben worden, die Ukraine müsse diesen Krieg gewinnen, die ukrainische Regierung spricht davon, alle besetzten Gebiete und die Krim zurück zu erobern. Das halten kritische Militärexperten für völlig unrealistisch. Bisher scheut die russische Regierung die Gesamt-Mobilmachung der Armee, spätestens wenn der Verlust der Krim mit dem Schwarzmeerhafen Sewastopol droht, wird sich das wohl ändern. In unseren Medien werden immer wieder die hohen Verluste der russischen Armee angeführt. Doch ist das kein Beleg dafür, dass sich die Putin-Regierung den Gesichtsverlust einer Niederlage und die Aufgabe strategisch wichtiger Regionen leisten kann. Und dann steht immer noch die Möglichkeit des Einsatzes von taktischen Atomwaffen im Raum. Wer also der Ukraine die Fortführung des Krieges bis zum Sieg empfiehlt, der nimmt ihre Zerstörung und den Tod hunderttausender in Kauf.

Die NATO-Staaten haben geglaubt, mit weitreichenden Wirtschaftssanktionen könne man Russland in die Knie zwingen. Dieser Plan scheint nicht aufzugehen. Russland ist bei weitem nicht weltweit isoliert, wie manche Schlagzeilen uns glauben machen wollten. Viele Länder in der Welt haben nicht vergessen, dass auch der Westen gegen Völkerrecht verstoßen hat, u.a. in den Kriegen gegen den Irak oder gegen Libyen, unter deren Folgen die Menschen im Nahen und Mittleren Osten noch heute leiden. In Zeitungskommentaren ist immer offener von einem Wirtschafts- oder Energiekrieg mit Russland die Rede. Dessen Folgen bekommen wir nun zu spüren, aber noch schlimmer trifft es die Menschen im armen Süden, die unter den immer höheren Energiepreisen und den unterbrochenen Warenströmen leiden. Immer deutlicher wird: Diese Embargopolitik wird nicht zum Frieden führen

Was kann also getan werden? Im bundesweiten Aufruf des DGB zum heutigen Antikriegstag heißt es „Der Ukraine-Krieg darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden ließe sich mit Waffen schaffen.“ Diese wichtige Einschätzung bedeutet doch, dass man alles tun muss, damit die Waffen schnellstmöglich schweigen. "Aber mit Russland kann man doch nicht reden", heißt es da häufig. Doch haben gerade die Verhandlungen über die Weizentransporte aus ukrainischen Häfen gezeigt, dass man durchaus mit Russland reden kann, wenn es die richtigen Vermittler gibt und der richtige Ton getroffen wird. Aber von Seiten der NATO-Staaten wird ja noch nicht einmal der Versuch unternommen, Verhandlungen anzustoßen. Unser Bundespräsident verstieg sich vor einigen Wochen zu der Aussage, man dürfe die Ukraine nicht zu Verhandlungen drängen. Ja, warum denn nicht? Deutschland wolle mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, tönten Politiker in den letzten Jahren. Muss das jetzt nicht heißen, das Gewicht des deutschen Staates in die Waagschale zu werfen, um das Sterben in der Ukraine zu beenden? Mit immer mehr und schwereren Waffen wird man das nicht erreichen. Oder sind uns die toten Ukrainer und Russen egal, wenn es darum geht, die staatliche Zugehörigkeit einiger Landstriche zur einen oder anderen Seite auszufechten? Auch von sonst kriegsfreudigen Kommentatoren wird inzwischen eingeräumt, dass es wohl zu einem Verhandlungsfrieden kommen wird. Nur sei der Zeitpunkt noch nicht der richtige. Also müssen vorher noch ein paar zigtausend Menschen mehr sterben, oder was heißt das? Nein, jetzt muss etwas unternommen werden, jetzt müssen Deutschland und die anderen NATO-Staaten mit der Ukraine darüber sprechen, unter welchen Bedingungen ein Waffenstillstand herbeigeführt werden kann und sie müssen Wege ausgelotet werden, wie man auch Russland an den Verhandlungstisch bekommt! Im Rahmen der Zivilen Konfliktbearbeitung kennt man den Begriff der positiven Sanktion. "Ich biete Dir an, dieses oder jenes Embargo fallen zu lassen, wenn Du Dich zu Verhandlungen bereit erklärst. Das ist doch ein Versuch wert! Kriege enden mit Gesprächen, wenn - wie jetzt - keine Seite fähig ist, militärisch zu gewinnen. Internationale Persönlichkeiten wie der ehemalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, der ehem. spanische Außenminister Moratinos und Wolfgang Richter von der Stiftungen Wissenschaft und Politik fordern in diesen Wochen in einem Aufruf: Die USA, die Europäische Union, die Türkei, China und andere Länder sollten den beiden Seiten helfen, sich mit einem ausgehandelten Friedensabkommen sicher zu fühlen. Also, jetzt ist die Zeit da, deutlich zu fordern: Verhandeln statt schießen!

**Die gerade hier präsentierte Friedensgrafik wurde gestaltet von dem in Witten lebenden Streetart-Künstler Tenzo Stein**